Ressort: Finanzen

ZEW: Deutsche Firmen wenden sich von Russland und Türkei ab

Mannheim, 04.01.2018, 02:00 Uhr

GDN - Die Türkei und Russland gefährden durch ihre zunehmend autoritäre Politik ausländische Investitionen. Dies ist die zentrale Aussage einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen, über die die "Welt" (Donnerstagsausgabe) berichtet.

"Die Türkei und Russland müssen aufpassen, dass sie ihre Attraktivität als Standort für Familienunternehmen nicht wegen wachsender Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit verspielen", sagte Stiftungsvorstand Rainer Kirchdörfer. Basis der Studie ist eine umfassende Analyse der Standortbedingungen in sieben großen Schwellenländern - von China über Indien, Brasilien, Russland, Südafrika und die Türkei bis hin zu Mexiko. Dabei zeigte sich einerseits, dass viele dieser Länder in den vergangenen Jahren einiges getan haben, um ausländische Firmen anzulocken, auch die Türkei und Russland. Die beiden Staaten liegen vor allem beim Thema Steuern, aber auch bei Regulierungsfragen und der Infrastruktur sogar vor ihren Mitbewerbern. Doch die aktuelle Politik von Recep Tayyip Erdogan und Wladimir Putin führt nach Aussage der Studie dazu, dass diese Erfolge gefährdet sind. "Das Verhalten der türkischen Behörden und Gerichte nach dem Putschversuch im Sommer 2016 und die für 2019 beschlossene Einführung eines Präsidialsystems werfen schwerwiegende Fragen auf, die auch vielfältige ökonomische Implikationen haben", schreiben die Autoren über die Türkei. Für Russland sind die Aussagen noch deutlicher, zumal die Institutionen dort ohnehin schon schlechte Noten bekommen - hier geht es beispielsweise um Eigentumsrechte, Korruptionskontrolle und die Unabhängigkeit des Rechtssystems. "Die institutionellen Schwächen sind mit einer immer stärker autokratisch agierenden politischen Führung in den letzten Jahren noch stärker hervorgetreten", heißt es in der ZEW-Studie. Nutznießer dieser Tendenzen sind nach Ansicht von Friedrich Heinemann, der beim ZEW für die Erstellung der Studie verantwortlich war, China und Indien. "Die asiatischen Staaten bieten ein stabiles politisches Umfeld und sind bereit - und im Fall Chinas auch in der Lage -, mit Investitionen in Bildung und Infrastruktur ihre Defizite anzugehen", sagte Heinemann. "Sie befinden sich in einem Aufwärtstrend." Die beiden Länder zeichne im Gegensatz zu Russland und der Türkei, aber auch im Vergleich mit Südafrika, Brasilien oder Mexiko eine größere Verlässlichkeit aus. Zudem gebe es dort einen Grundkonsens über die Notwendigkeit einer wirtschaftsfreundlichen Politik. "Die asiatischen Standorte haben bei wichtigen Standortmerkmalen gegenüber denen im Westen derzeit noch nicht unerhebliche Nachteile", heißt es in der Studie. "Sie befinden sich jedoch auf einem Entwicklungspfad mit einer höheren ökonomischen und politischen Stabilität."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-100098/zew-deutsche-firmen-wenden-sich-von-russland-und-tuerkei-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com